



Bericht aus Berlin

9 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Bundestag

Merkel: Kein Wachstum auf Pump

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Industriestaaten aufgefordert, stärker denn je daran zu arbeiten, ihre Schuldenberge abzutragen. In ihrer Regierungserklärung am Donnerstag nannte sie den Abbau der Staatsverschuldung sowie die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung als wichtige Ziele, die sie auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht bedeutendsten Industrieländer ansprechen wird. Am 18. und 19. Mai treffen sich die G-9-Staats- und Regierungschefs auf Einladung von US-Präsident Barack Obama in Camp David. Merkel betonte in ihrer Erklärung, dass es kein Wundermittel zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise gibt. Vielmehr ist die Haushaltskonsolidierung ein anstrengender Prozess, der an den Ursachen ansetzen muss. Dazu gehört, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten zu verbessern. Merkel setzt auf „Wachstum durch Strukturreformen“. „Denn ein Wachstum auf Pump wird Europa an den Anfang der Krise zurückwerfen“, so Merkel abschließend.

Deutschland ist Wachstumslokomotive und Stabilitätsanker

Ihre schnelle wirtschaftliche Erholung nach der Weltwirtschaftskrise hat Deutschland zu wesentlichen Teilen der christlich-liberalen Koalition zu verdanken. In einer aktuellen Stunde des Bundestages wiesen hierauf Abgeordnete der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP hin. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs nannte es einen Erfolg der Koalitionen, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland mit 41,2 Millionen so hoch wie nie zuvor und die Jugendarbeitslosigkeit niedriger als in allen anderen europäischen Staaten ist. Darüber hinaus bekräftigte die Koalition ihre Ziele, den Haushalt zu

konsolidieren und die Schuldenpolitik einzudämmen. Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger aber nicht, wie von der Opposition gefordert, ständig neuen finanziellen Belastungen ausgesetzt werden.

Barrierefreiheit voran bringen

In der letzten Sitzungswoche diskutierten Experten in einer öffentlichen Anhörung mit Parlamentariern im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen. Zentrale Überzeugung war, dass selbstbestimmte Mobilität und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zentral für jeden Menschen sind. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb ausdrücklich, dass in den Bereichen Mobilität und Wohnen die richtigen Rahmenbedingungen dafür gestaltet werden. Zu begrüßen ist, dass die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention bereits im deutschen Recht Geltung finden. Die Barrierefreiheit muss aber weiter verbessert werden.

AG Ländliche Räume tagt zur Daseinsvorsorge

Am Freitag vergangener Woche hat die im März neugegründete Koalitions-Arbeitsgruppe Ländliche Räume ihre Beratungen mit dem Thema kommunale Daseinsvorsorge abgeschlossen. Auf einem öffentlichen Kongress werden die internen ersten Beratungsergebnisse am 11.06.2012 weiter diskutiert. Anschließend werden daraus parlamentarische Initiativen entwickelt. Peter Götz ist in seiner Funktion als kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eines der insgesamt zehn Mitglieder der Arbeitsgruppe. Weitere Informationen zur Arbeitsgruppe finden Sie unter: <http://www.cducsu.de/laendliche-raeume>

Parlamentsdeutsch...

Fragestunde

In jeder Sitzungswoche findet im Plenum eine Fragestunde statt, für die jeder Abgeordnete vorab bis zu zwei Fragen an die Bundesregierung einreichen kann. Nach der regelmäßig durch einen Parlamentarischen Geschäftsführer erfolgenden Beantwortung können der Fragesteller, aber auch andere Abgeordnete, Zusatzfragen stellen und so die Regierung zu weiteren Stellungnahmen zwingen. Reicht die Zeit nicht aus, werden noch nicht aufgerufene Fragen von der Regierung schriftlich beantwortet. Ebenso kann vorab bereits um schriftliche Beantwortung gebeten werden.

Nachrichten

Junger Unternehmer Johannes Hurst begleitet Peter Götz eine Woche in Berlin



Vom 7. bis 11. Mai begleitete Johannes Hurst, Bundesvorstandsmitglied der Wirtschaftsjunioren Deutschland und CDU-Vorsitzender in Sinzheim, Peter Götz bei seiner Arbeit im Deutschen Bundestag. Insgesamt nahmen rund 200 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland an dem Know-how Transfer zwischen Wirtschaftsjunioren und Bundestagsabgeordneten teil. Am Donnerstag empfing Götz darüber hinaus in seiner Funktion als Weltpräsident der Global

Parliamentarians on Habitat (GPH) den Weltpräsidenten der Wirtschaftsjunioren, Bertolt Daems, in seinem Berliner Abgeordnetenbüro. In dem Gespräch wurde sich über nationale und internationale Themen ausgetauscht. Weitere Informationen über die Wirtschaftsjunioren erhalten sie unter: www.wjd.de.



2012: Mehreinnahmen in den Kommunen

Nach der in der letzten Woche vorgestellten Steuerschätzung werden die Kommunen im laufenden Jahr 2012 rund 3,9 Milliarden Euro mehr einnehmen als im vergangenen Jahr 2011. Peter Götz: "Die prognostizierten Steigerungen der Steuereinnahmen von 5,1 Prozent im Jahr 2012 bzw. 4,6 Prozent im Jahr 2013 kommen für die Kommunen wie gerufen. Besonders erfreulich ist, dass das Aufkommen der Gewerbesteuer in diesem Jahr erstmals das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 überschreiten wird. Das ist eine wichtige Erfolgsmarke der auf Wachstum ausgerichteten Politik der Bundesregierung. Die Entwicklung beweist, dass die Kommunen vom Wachstumsimpuls des Jahres 2010 nachhaltig profitieren. Da sich Bund, Länder und Gemeinden bis 2016 auf 29,4 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen einstellen können, sichert dies auf allen staatlichen Ebenen kommunalrelevante Handlungsspielräume. Außerdem liegt auf der Hand, dass der Staat tatsächlich über die Möglichkeit verfügt, den Steuer-Grundfreibetrag anzuheben und die gegenüber den Steuerzahlern ungerechte kalte Progression zu bekämpfen. Aus kommunalpolitischer Sicht ist besonders zu begrüßen, dass vorübergehende Mindereinnahmen, die mit dieser von der Koalition geplanten Steuersenkung ab 2013 einhergehen werden, zu zwei Dritteln vom Bund und nur zu einem Drittel von Länder und Gemeinden getragen werden sollen.

Bühler und Rastatter Schüler zu Besuch im Deutschen Bundestag

Die 10. Klassen der Carl-Netter-Realschule aus Bühl und die 10. Klasse des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums (LWG) aus Rastatt besuchten am 08. Mai 2012 auf Einladung von Peter Götz MdB den Reichstag. Zum Programm im Reichstagsgebäude gehörte ein sachkundiger Vortrag über die Geschichte des Hauses und die Arbeit des Parlaments. Beide Klassen hatten im Gespräch mit Peter Götz jeweils die Gelegenheit, ihre Fragen zu aktuellen politischen Themen mit ihm zu diskutieren.



Im Fraktionsaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude hören die 113 Carl-Netter-Realschüler aufmerksam den Ausführungen von Peter Götz zu



Peter Götz im Gespräch mit der 10. Klasse des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums

Weitere Informationen unter:

www.goetzpeter.de oder www.cducusu.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Niedrigste Arbeitslosenzahlen in Deutschland seit 20 Jahren

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im April wieder unter 3 Millionen gesunken. Demnach waren im April noch 2.963 Millionen Menschen erwerbslos. Dies entspricht einem Rückgang von 65.000 Personen im Vergleich zum Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Erwerbslosen um 115.000 zurück. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 7 %. Vor einem Jahr lag die Arbeitslosenquote im April noch bei 7,3 %. Auch die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen lag weiterhin auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung. Zugleich nimmt die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in allen Bundesländern und in den meisten Branchen zu. Ebenfalls liegt die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin auf hohem Niveau. Im April belief sich der Bestand an gemeldeten offenen Stellen auf 499.000, mithin 38.000 mehr als im Vorjahr. Besonders gesucht sind derzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Elektro, Energie, Metall, Maschinen- und Fahrzeugbau, Logistik, Gesundheit und Tourismus.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Straßenverkehr ist Haupttransportweg für innereuropäischen Handel

Etwa 57 % der Exporte im Handel mit anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden im Jahr 2011 mengenmäßig im Straßenverkehr transportiert. Die Binnenschifffahrt bringt es auf einen Anteil von 8 %, fest installierte Transporteinrichtungen wie Pipelines oder Stromleitungen auf 7 %, der See- und Schienenverkehr auf 6 %. Die Bedeutung des Lufttransportes war mit einem Anteil von unter 1 % zu vernachlässigen. Auch bei den Importen dominierte mengenmäßig der Straßenverkehr mit einem Anteil von 42 %, gefolgt von der Binnenschifffahrt mit einem Anteil von 16 %. Seeverkehr (11%) und fest installierte Transporteinrichtungen (9 %) belegen in ihrer Bedeutung den dritten und vierten Rang. Auch bei den Importen spielte der Lufttransport mit einem Anteil von nur 1 % eine nachgeordnete Rolle. Beim Warenverkehr mit Nicht-EU-Mitgliedsstaaten hingegen dominierte auch 2011 der Seeweg, über den 63 % des deutschen Exportvolumens das Gebiet der EU verließen. Deutlich weniger Bedeutung für den Warentransport in Drittländer besaß der Straßenverkehr mit einem Anteil von 25 % an den Exporten. Mit dem Flugzeug verließen mengenmäßig nur 2 % der deutschen Waren die Europäische Union. Allerdings machten diese Güter einen wertmäßigen Anteil von 23 % des Gesamtexportes aus. Importseitig erreichten 58 % der für Deutschland bestimmten Waren aus Drittländern mit dem Schiff die EU, 34 % kamen über fest installierte Transporteinrichtungen und nur 5 % über die Straße. Auch beim Import entsprach das mengenmäßige 1 % ein überproportionaler Wertanteil (22 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)